

Sehr geehrter OB, sehr geehrte Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, liebe Gäste,

auf der Homepage der Stadt gab es zu diesem Haushalt die Möglichkeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Anregungen und Anmerkungen abgeben. Als Stadträte haben wir diese zusammengefasst bekommen und konnten uns so einen Überblick machen, was noch von Teilen der Stadtgesellschaft als wichtig erachtet wird. Dabei war natürlich klar, dass einige Gruppierungen dies zum Anlass nehmen würden, um ihre Projekte voranzutreiben, und das ist ja auch richtig so.

So gab es dutzende Anregungen, die sich für den Umbau am Bunsen-Gymnasium oder für die Sanierung der Turnhalle der Geschwister-Scholl-Schule ausgesprochen haben. Gerade im Bereich der **Schulsanierungen** ist die Stadt ja auch sehr aktiv, das begrüßen wir als Fraktion DIE LINKE/PIRATEN ausdrücklich. Schließlich werden hier wichtige Zukunftswerte geschaffen, statt, wie in vielen anderen Kommunen, die öffentliche Infrastruktur immer weiter zerfallen zu lassen. Schlichtweg, weil das Geld fehlt. Und es mutet nach wie vor kurios an, dass der **Fetisch der schwarzen Null** und der Haushaltssanierung immer wieder mit der Generationengerechtigkeit begründet wird.

Denn was ist gerecht daran, der kommenden Generation zerfallende Straßen und marode Schulen zu hinterlassen? In diesem Sinne sehen wir Heidelberg in diesem Bereich auf einem guten Weg.

Auffällig war für mich ein weiterer Punkt bei den Anregungen: Es gab keinen einzigen Eintrag zum Bereich **soziale Sicherheit und Teilhabe**. Das liegt sicherlich nicht daran, dass es keinen entsprechenden Bedarf gibt. Auch in Heidelberg gibt es Armut. Häufig versteckt, denn fehlende materielle Ressourcen wiegen oft umso schwerer, je reicher das Umfeld um einen herum ist. Das führt leider auch oft dazu, dass Betroffene sich abkapseln und öffentliche Angebote nur bedingt annehmen, aus Angst davor, dass ihre Armut sichtbar wird. Deswegen denke ich nicht, dass die Anregungen aus der Bürgerschaft in diesem Punkt repräsentativ sind. Vielmehr scheint diese Möglichkeit zur Partizipation nicht alle zu erreichen. Meist sind es die eher gut Situierten, die sich in den Stadtteilvereinen, in den Gremien und eben auch an solchen Verfahren beteiligen.

Wir müssen uns deswegen noch sehr viel stärker überlegen, wie wir künftig auch Menschen mit keinem oder geringen Einkommen besser erreichen können und eben nicht nur das wohlhabendere Bildungsbürgertum, um die **Repräsentanz** durch eine breitere Beteiligung zu verbessern.

Wir haben neben anderen Anträgen auch dieses Mal, wie vermutlich alle Fraktionen, einen Antrag auf Erhöhung des **Globalen Minderaufwands** gestellt. Neben Kinder und Bildung wollen wir aber auch den Bereich Soziales und Personal davon ausschließen. Nun ist klar, dass, um einen hohen Globalen Minderaufwand auch erreichen zu können, nicht alle wesentlichen Bereiche davon ausgenommen werden können.

Aber gerade im **Bereich Soziales** sehen wir einen dringenden Bedarf für eine solche Schutzbestimmung, schließlich werden die Herausforderungen nicht kleiner sondern größer. Die kontinuierliche Ausweitung von Niedriglöhnen und prekären Arbeitsverhältnissen, auch in Baden-Württemberg und auch in Heidelberg, kleingerechnete Hartz-IV Regelsätze, zunehmende Kinderarmut – das betrifft auch uns im reichen Heidelberg und deswegen sehen wir es als besonders wichtig an, dass die Stadt tut was sie kann, um die Auswirkungen einer verheerenden Sozialpolitik auf Bundesebene so geht es geht abzumildern.

Im **Bereich Personal** müssen wir Heidelberg im interkommunalen Vergleich sehen. Denn dann wird schnell klar, dass wir hier mit der Anzahl städtischer Beschäftigter im Verhältnis zur Einwohnerschaft recht dünn ausgestattet sind. Nun kann man zwar argumentieren, Heidelberg würde auf Klasse statt Masse setzen. Doch will ich weder den Beschäftigten anderer Städte damit schlechtere Arbeitsleistungen unterstellen, noch finde ich eine zunehmende Arbeitsbelastung für – wie gut auch immer ausgebildete Beschäftigte - hinnehmbar.

Erneut haben wir auch einen Antrag auf **Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer** gestellt. Diese hat sich recht gut entwickelt in den letzten Jahren, weswegen wir für eine moderate Anhebung um je 10%-Punkte in 2017 und 2018 plädieren. Schließlich sieht auch dieser Haushalt wieder eine Neuverschuldung vor, die wir zwar mit Hinblick auf die damit anvisierten Investitionen für sinnig halten, uns aber dennoch über eine Erhöhung der Einnahmeseite nachdenken lassen sollte. Der Vergleich der Hebesätze bei der Gewerbesteuer mit den anderen Stadtkreisen in Baden-Württemberg zeigt auch, dass es durchaus noch Spielraum nach oben gibt.

Als DIE LINKE/PIRATEN ist es uns ein besonderes Anliegen, die Preisstruktur des **Sozialtickets** günstiger zu gestalten. Die Einführung des Sozialtickets war ein großer Erfolg, schließlich beträgt die Nutzungsquote inzwischen über ein Drittel der Anspruchsberechtigten. Das ist auch im deutschlandweiten Vergleich Spitze. Eines unserer Wahlkampfthemen bei der letzten Kommunalwahl war die Verbilligung des Sozialtickets und damit die **Anpassung an die dafür vorgesehenen Anteile im Regelsatz**. Schließlich soll mit den 25€ im Hartz-IV Satz Mobilität im Allgemeinen angeblich abgedeckt werden, nicht nur der Nahverkehr. Deswegen hoffen wir auf Unterstützung für unseren Antrag, der sicher dazu führen wird, dass noch mehr Menschen mit keinem oder geringem Einkommen in den Genuss von Mobilität und damit gesellschaftlicher Teilhabe kommen werden.

Sozialstaffelung bei der Kinderbetreuung

Wir haben zudem beantragt, dass die ersten beiden Stufen der Sozialstaffelung bei der Kinderbetreuung abgesenkt werden. Die erste Stufe ist durch die beschlossenen Vergünstigungen der Heidelberg Pässe bereits weitgehend abgedeckt, doch insbesondere in der zweiten Stufe sehen wir noch Bedarf. Schließlich gilt diese Stufe für ein monatliches Haushaltsbrutto-Einkommen bis gerade mal 3.100 Euro und kostet bei einem Kind für eine tägliche, 8-stündige KiTa-Betreuung ca. 160€ monatlich.

Gerade für junge Familien ist das ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor, insbesondere auch mit Hinblick auf die hohen Mieten in Heidelberg. Schließlich sind es gerade junge Familien, die immer öfter gezwungen sind, aus Heidelberg wegzuziehen. Das hängt natürlich auch mit der Einnahmesituation zusammen. Der Anteil bei **Befristungen ist bei jungen Menschen** unter 35 Jahre sehr hoch und viele erleben es, dass ihre Zukunft nicht mehr planbar ist. Das vermeintliche Beschäftigungsrekordhoch ist da kaum mehr als Augenwischerei. Denn was zunimmt sind prekäre und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse, die dazu führen, dass Lebens- und Familienplanungen immer unsicherer werden.

Um also finanzschwächere Familien noch besser vor Armut zu schützen, möchten wir gerne in die Haushaltsdiskussionen einbringen, wie die **Sozialstaffelung noch erträglicher** gestaltet werden kann.

Wir haben zudem eine Erhöhung des Zuschusses für das **Völkerkundemuseum** beantragt. Während meines Studiums der Ostasienwissenschaften mit Schwerpunkt Sinologie war das Völkerkundemuseum eine Anlaufstation. Zum einen wegen der guten Projekte und Ausstellungen zum Thema chinesische Kultur, zum anderen weil keine andere Kultureinrichtung in Heidelberg ein entsprechendes außereuropäisches Kulturangebot hat. Es ist nicht hinnehmbar, wenn eine der größten Kultureinrichtungen Heidelbergs und das zweitgrößte Museum den kleinsten Zuschuss in der Kultursparte bekommt.

Noch weniger einleuchtend ist es, wenn selbst jetzt, nach eindringlichen Bitten und Warnungen vor einer drohenden Angebotseinschränkung dieser Zuschuss von nahezu lächerlichen 7.320€ im Jahr nicht erhöht werden soll. Wir werden uns in den Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass das Völkerkundemuseum einen Zuschuss erhält, der eine **Aufrechterhaltung des Betriebes** ermöglicht. Und zwar ohne dass auf unterbezahlte Hilfsarbeiterinnen und -arbeiter zurückgegriffen werden muss und ohne dass die derzeitigen Beschäftigten Überstunden auf Überstunden anhäufen müssen, wie in den letzten Jahren geschehen. Die finanzielle Absicherung von wichtigen Kultureinrichtungen sehen wir als Pflichtaufgabe der Stadt an, deswegen unterstützen wir beispielsweise auch die letzte Erhöhungsmarge für das **DAI**.

Außerdem setzen wir uns für die Berücksichtigung der **Tarifsteigerungen von allen Trägern** ein, die Beratungsleistungen für Frauen anbieten. Einige Träger bekommen diese Steigerungen, andere nicht. Begründet wird dies damit, ob eine Leistung subsidiär, sozusagen als Pflichtleistung der Kommune, erbracht wird, oder ob dies freiwillig geschieht. In unseren Augen darf das aber keinen Unterschied machen, Tarifsteigerungen betrachten wir ebenfalls als Pflichtaufgabe!

Abschließend noch ein paar Worte zu unserem Antrag, Mittel für ein **Gutachten zur Umsetzbarkeit eines ticketfreien ÖPNV in Heidelberg** einzustellen. Die Vorteile eines ticketfreien ÖPNV liegen auf der Hand: soziale Teilhabe für Alle und weniger Umwelt- und Verkehrsbelastungen. Entsprechende Gutachten für andere Städte liegen vor und zeigen, dass ein ticketfreier ÖPNV grundsätzlich möglich wäre. Angesichts wachsender Ballungszentren und zunehmender Verkehrsbelastung, in Heidelberg sieht es da ja nicht anders aus, müssen wir frühzeitig darüber diskutieren, wie wir damit in Zukunft umgehen wollen und wie der Öffentliche Nahverkehr künftig

aussehen könnte. Deswegen hoffen wir, dass mit diesem Gutachten eine breitere Diskussion über diese Problematik angestoßen wird.

Nun freue ich mich auf produktive und konstruktive Beratungen der Änderungsanträge und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.